

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Schlede (CDU)

vom 04. September 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. September 2014) und **Antwort**

Schulentwicklungsplanung in den Bezirken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie beurteilt der Senat die unzureichenden Schulentwicklungsplanungen der Bezirke?

2. Welche Maßnahmen will der Senat ergreifen, um auf die Bezirke einzuwirken, dass die Pläne fortgeschrieben bzw. aktualisiert werden können, um eine angemessene Schulentwicklungsplanung auf Länderebene umzusetzen?

Zu 1. und 2.: Gemäß § 105 Absatz 3 des Schulgesetzes von Berlin stellt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft den Schulentwicklungsplan (SEP) für das Land Berlin auf und bezieht die bezirklichen Schulentwicklungsplanungen dabei ein. Dieser Prozess wird aktuell abgeschlossen. Der SEP des Landes Berlin enthält zu den Entwicklungen in den Bezirken im Wesentlichen nur pauschale Aussagen. Für qualifizierte Aussagen auf kleinteiliger regionaler Ebene mit Auswirkungen auf Einschulungsbereiche und auf die Etatisierung von Schulbaumaßnahmen in Haushalt und Finanzplanung bedarf es der Erarbeitung bezirklicher Schulentwicklungspläne. Gemäß der Ausführungsvorschriften zur Schulentwicklungsplanung (AV SEP v. 24.06.2012; vgl. § 7 Abs.2) entscheiden die Bezirke in eigener Zuständigkeit über den Zeitpunkt der Aufstellung ihrer Schulentwicklungspläne. In der Regel werden diese auch – in unterschiedlicher Qualität – erstellt. In den wenigen Fällen, in denen dies absehbar nicht erfolgt, wurde sowohl auf Arbeits- als auch auf politischer Ebene ein bezirklicher SEP eingefordert.

Rechtliche Konsequenzen für eine nicht fristgemäße Erstellung eines bezirklichen SEP sind jedoch nicht vorgesehen; Sanktions- und Durchsetzungsmöglichkeiten seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bestehen daher nicht.

Berlin, den 15. September 2014

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Sep. 2014)